

Freitag, 12. Februar 2016

„Bürofehler“: Unterlagen nicht für Planung gemeldet

Usingen (bu). Da greift in Wahlkampfzeiten selbst Hessens Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) zur Pressemitteilung und meldet sich ebenso wie die SPD-Landtagsabgeordnete Elke Barth (Bad Homburg) und – auf Anfrage – Usingens Bürgermeister Steffen Wernard (CDU).

„Durch einen Bürofehler bei Hessen Mobil sind die Unterlagen Ende 2013 nicht dem Bund übermittelt worden. Leider ist dies jetzt erst bemerkt worden“, informierte Hessens Wirtschafts- und Verkehrsminister. „Ich habe veranlasst, dass dies unverzüglich nachgeholt worden ist und Bundesverkehrsminister Dobrindt schriftlich gebeten, das Vorhaben bei der Bewertung für die Aufstellung des Planes noch zu berücksichtigen.“

Das Land Hessen habe dem Bund Ende 2013 und damit vor Al-Wazirs Amtszeit rund 190 Straßenprojekte für den neuen Bundesverkehrswegeplan als oberstes Planungsinstrument gemeldet. Das Usinger Projekt sei zwar in der Liste enthalten, „jedoch wurden anschließend nicht die Unterlagen auf den Server des Bundes hochgeladen. Deshalb konnte die Ortsumgehung bisher nicht bei der Aufstellung des Planes berücksichtigt werden. Ich hoffe, dass uns der Bundesverkehrsminister entgegenkommt und die Nachmeldung akzeptiert. Immerhin ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen“, sagte Al-Wazir. Die erste Offenlegung des neuen Bundesverkehrswegeplans ist für April 2016 geplant.

Auf das Problem hingewiesen hat nach eigenen Angaben die Bad Homburger SPD-Abgeordnete Elke Barth, die wiederum von der Usinger SPD-Vorsitzenden und Bürgermeisterkandidaten Birgit Hahn „über Gerüchte“ informiert worden war. Barth fragte im Landtag, ob sich die Nordostumgehung auf der aktuellen Projektliste für den Bundesverkehrswegeplan befinde. Die SPD-Frau bezeichnet die Antwort des Ministers als „niederschmetternd“. Zitat Al-Wazir: „Im Zuge der Beantwortung Ihrer mündlichen Frage wurde festgestellt, dass die Ortsumgehung Usingen durch einen Bürofehler bei Hessen Mobil noch nicht im dafür vorgesehenen Projekttool PRINS eingepflegt war.“ Und weiter: „Daraus resultiert, dass die Umgehungsstraße bisher nicht im Bundesverkehrswegeplan-Verfahren bewertet werden konnte.“ Das Bundesverkehrsministerium habe Barth bestätigt, dass das Projekt nicht eingereicht worden sei; aber auch, dass die Bewertungen bereits laufen und keine weiteren Projekte mehr aufgenommen würden. Das steht im Gegensatz zur Aussage des Ministers

Kontaktpflege

Es sei, so Barth, unverständlich, dass der langjährige und direkt gewählte Abgeordnete Holger Bellino (CDU) es „nicht für nötig befunden“ habe, sich darum zu kümmern. An der Usinger Umgehung hänge schließlich auch die Grävenwiesbacher Umgehung der B456. „Herr Bellino rühmt sich gerne seiner guten Kontakte in die Ministerien, hier wäre es gut gewesen, er hätte sie genutzt“, so die Abgeordnete.

Die SPD-Politikerin blickt nach Usingen: „Beim Usinger Neujahrsempfang hat Bürgermeister Wernard noch freudig verkündet, dass mit der Umsetzung bald zu rechnen sei, dabei ist die Umgehung nicht einmal auf der Projektliste!“

Wernard wiederum appelliert, auf Wahlkampfpopulismus zu verzichten. Der neutrale Betrachter könne nur resümieren: „Es hat keine Auswirkungen auf die bestehende Planung der Nordostumgehung.“ Und der Stadt Usingen könne es ja nicht zum Nachteil werden, wenn ein von Hessen Mobil zu verantwortender Fehler dafür Sorge, dass die Nordostumgehung aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen werde. Am Gegensatz zu Barth stellt Wernard fest, dass „das Verfahren auf Bundesebene noch am Laufen und eine nachträgliche Eingabe von Landesseite möglich ist“.

Barth und Hahn hoffen, dass der Fehler geheilt werden kann, alles andere wäre ein herber Rückschlag. „Zum Glück sind wir den Gerüchten nachgegangen, sonst hätte es im April bei der Offenlegung überraschte und lange Gesichter gegeben.“

„Frau Barth und die politischen Kräfte von Bund, Land, Kreis und Stadt sollten alle Kräfte zur Umsetzung der Nordostumgehung aufbringen, anstatt hier Ängste zu schüren, dass die Nordostumgehung in Gefahr ist. Dem ist nicht so!“, beteuert Bürgermeister Wernard abschließend.